

DAX rutscht zum Handelsende deutlich ab – EU-Kommission: Beispiellose Abweichung Italiens vom Etatplan

Autor: GodmodeTrader-Team, Redaktion | 18.10.2018 22:25 | Copyright BörseGo AG 2000-2021

Immer bestens informiert: Mit dem News-Flash auf Godmode-Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- **Italien-Spread** auf höchstem Stand seit 2013
- **US-Finanzminister Mnuchin** sagt Teilnahme an Konferenz in Saudi-Arabien ab
- **Krankenversicherung**: Milliarden-Entlastung für Arbeitnehmer und Rentner
- **Philly Fed Index** sinkt nur leicht
- **Apple-Steuerstreit**: EU-Kommission stellt Verfahren gegen Irland ein
- **FOMC Minutes**: Fed weiter auf Straffungskurs
- EU-Haushaltsstreit mit **Italien** eskaliert
- **SAP**: Wachstumstreiber Cloud-Geschäft
- FTC genehmigt mündlich Fusion von **Linde** und Praxair
- **VW** möchte Fahrverbote seiner Kunden verhindern
- **HeidelbergCement** senkt Gewinnprognose
- US-Gericht verurteilt Ex-Händler der **Dt. Bank** im Libor-Skandal
- **Novartis** bekundet Interesse an der Übernahme von Endocyte
- **Dürr** kappt Gewinnprognosen für 2018

DAX & US-Markt

- Der deutsche Aktienmarkt ist am Donnerstag mit deutlichen Kursverlusten aus dem Handel gegangen. Der **DAX** beendete den Xetra-Handel mit einem Minus von 1,07 Prozent bei 11.589,21 Punkten, nachdem der Index vor allem in der letzten Handelsstunde deutlich ins Rutschen gekommen war. Anleger machen sich wieder große Sorgen um die finanzielle Situation des italienischen Staates. Der sogenannte Spread zwischen deutschen und italienischen Anleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren, also die Renditedifferenz, kletterte am Donnerstagnachmittag auf den höchsten Stand seit März 2013. Die Rendite der zehnjährigen italienischen Staatsanleihen stieg auf 3,695 Prozent. Die EU-Kommission warf Italien im Zusammenhang mit seinen Haushaltsplänen am Abend eine "beispiellose" Abweichung von den europäischen Regeln vor. Das geht aus einem Schreiben der Europäischen Kommission an die italienische Regierung hervor. Das Umfeld für die Aktienmärkte bleibt problematisch. Ein drohender Brexit ohne Deal, Italiens Haushaltspolitik, der Handelskonflikt und die Aussicht auf weiter steigende Leitzinsen in den USA. So diskutierte die US-Notenbank bereits über eine weitere Verschärfung der Geldpolitik, wie das am Mittwochabend veröffentlichte Protokoll der jüngsten US-Notenbanksitzung zeigte. Eine Reihe von Mitgliedern sah die Notwendigkeit, den Leitzins künftig zeitweise über das aus ihrer Sicht langfristige Niveau anzuheben. Höhere Zinsen können Aktien unattraktiver machen im Vergleich mit anderen Anlagen wie Anleihen.
- Der S&P 500 beendet heute den neunten aus elf Handelstagen mit einem Minus und verliert 1,4 Prozent an Wert und setzt damit wieder auf seiner 200-Tages-Linie auf. Seinen Ursprung nahm das bärische Sentiment in China, wo der Shanghai Index seinen Jahresverlust auf rund 25 Prozent ausweitete und fast drei Prozent verlor. Auch die Vorgaben aus Japan waren negativ, wo die Exporte erstmals seit November 2016 deutlich zurück gingen. In Europa pflanzte sich der Mix aus schlechten Nachrichten dank der Italien-Krise fort und sorgte dafür, dass der Spread zwischen italienischen und deutschen Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren auf neue Mehrjahres-Hochs stieg. Für weitere Unsicherheit sorgte US-Finanzminister Mnuchin mit der Absage seiner Teilnahme an der saudischen Investment-Konferenz, die in der nächsten Woche stattfindet. Die aus den USA gemeldeten Wirtschaftsdaten waren vor diesem trüben Hintergrund allerdings gut. Sowohl Initial Claims, als auch der Philly Fed Index übertrafen die Prognosen, während der starke Frühindikator-Index des Conference Boards den Erwartungen entsprach.

Ausgewählte Chartanalysen

- [DAX Tagesausblick: Bärenmarktsignal \(11868-x\) weiter aktiv!](#)
- [GOLD – Kurze Korrektur, langer Anstieg?](#)
- [EUR/USD-Tagesausblick: Bullen auf dem Rückzug](#)
- [S&P500-INDEX – Ideales Short-Level?](#)

Unternehmensnachrichten

- Der US-Schadenversicherer **Travelers** hat im dritten Quartal deutlich mehr verdient. Der Nettogewinn stieg auf 709 Mio. Dollar und fiel damit fast zweieinhalb Mal so hoch aus wie ein Jahr zuvor. Dazu trugen vor allem deutlich geringere Schäden durch Naturkatastrophen bei.
- Im Streit um illegale Steuervergünstigungen für den **Apple**-Konzern hat die EU-Kommission ihr Verfahren gegen Irland zu den Akten gelegt. Zuvor hatte der Technologie-Konzern mehr als 14 Mrd. Euro auf einem Treuhandkonto hinterlegt. Diese Zahlung gleiche die Wettbewerbsverzerrung aus, teilte die Kommission am Donnerstag mit.
- Die kanadische **Aurora Cannabis** plant noch Ende Oktober den IPO an der New York Stock Exchange. Den Schritt aufs US-Parkett hatte zuvor bereits Konkurrent Tilray gewagt und eine wahre Kursexplosion erfahren. Tilray gehört zu 76 % der Private-Equity-Gesellschaft Privateer Holdings.
- **Tesla** hat in China ein Industriegrundstück gekauft, um die erste Fabrikationsstätte außerhalb der USA zu erreichen. In der Planstadt Lingang in Shanghais Stadtbezirk Pudong gelegen erwarb Tesla ein rund 86 Hektar großes Grundstück zu einem Kaufpreis von 973 Mio. Yuan (umgerechnet 122 Mio. Euro).
- Vier große staatliche US-Investoren fordern nach den Datenskandalen und anderen Kontroversen um das weltgrößte Online-Netzwerk, den Verzicht von **Facebook-Gründer und CEO Mark Zuckerberg** zu begrenzen auf den Vorsitz im Verwaltungsrat. Gegen seinen Willen kann Zuckerberg allerdings nicht abgesetzt werden.
- Der Handelskonzern **eBay** hat **Amazon** verklagt, weil der Konkurrent angeblich auf illegale Weise hunderte Top-Verkäufer abwerben wollte. Mitarbeiter von Amazon sollen jahrelang eBays E-Mail-System ausgenutzt haben, um absatzstarke Händler auf die eigene Plattform umzuleiten. eBay fordert eine richterliche Unterlassungsverfügung sowie Schadenersatz.
- Ein überraschend hoher Quartalsgewinn und ein Aktienrückkauf treiben die **Alcoa**-Aktie an. Der US-Aluminiumproduzent will Titel im Volumen von 200 Mio. Dollar zurückkaufen.
- Der **frühere Munich-Re-Chef Nikolaus von Bomhard** soll im kommenden Jahr neuer Aufsichtsratschef des Konzerns werden. Der Nominierungsausschuss habe den 62-Jährigen zur Wahl in das Kontrollgremium empfohlen, teilte der Rückversicherer mit.
- Der Autovermieter **Sixt** erhöht seine Erwartungen für das Gesamtjahr 2018 und prognostiziert ein „sehr stark wachsendes Konzern-EBT und ein starkes Wachstum des Konzernumsatzes“ (bisher: „ein deutlich steigendes EBT und eine deutliche Steigerung beim operativen Umsatz“).
- Laut einem Bericht des manager magazins hat der Münchner Gasekonzern **Linde** von der Leitung der US-Kartellbehörde mündlich die Zustimmung zur Fusion mit dem Konkurrenten Praxair bekommen. Die schriftliche Bestätigung soll in Kürze folgen. Anfang Oktober legten Linde und Praxair der FTC ein Zusagepaket vor, um das „Ok“ zu bekommen. Das grüne Licht aus den USA käme gerade noch rechtzeitig: Laut Wertpapiergesetz muss die Fusion spätestens am 24. Oktober abgeschlossen sein.
- Der Brückeneinsturz in Genua, ein Brand in einer Schiffswerft in Bremen und verheerende Wirbelstürme kommen den Schweizer Rückversicherer **Swiss Re** teuer zu stehen. Auf insgesamt rund 1,4 Milliarden Dollar schätzt der Rückversicherer die Schadenbelastung im dritten Quartal durch Naturkatastrophen und von Menschen verursachte Schäden. In den ersten neun Monaten lägen die Schäden aber weitgehend im Rahmen der Erwartungen, teilte Swiss Re mit.
- Der Baustoffkonzern **HeidelbergCement** passte den Ausblick für das Geschäftsjahr 2018 teilweise an: Das Ergebnis für 2018 wird auf einen Rückgang im niedrigen bis mittleren einstelligen Prozentbereich hinauslaufen (zuvor: Anstieg im mittleren bis hohen einstelligen Prozentbereich). Zudem rechnet das Unternehmen am Ende des Jahres jetzt mit einem höheren dynamischen Verschuldungsgrad über dem bisher erwarteten Wert von 2,5. Die finalen Ergebnisse für das dritte Quartal und die ersten neun Monate des laufenden Jahres werden wie geplant am 8. November veröffentlicht.
- **Volkswagen** möchte Fahrverbote seiner Kunden verhindern. Der VW-Konzern wolle alle alten Diesel

seiner Marken VW, Seat, Skoda und Audi in Deutschland mit den Normen 1 bis 4 nicht nur zu cknehmen, sondern verschrotten und damit wirklich aus dem Verkehr ziehen, berichtete die „Bild“. Wer sich fu r einen Tausch entscheide, erhalte eine Pra mie von bis zu 10.000 Euro.

- Der Softwarekonzern **SAP** hat dank boomender Geschäfte mit seiner Mietsoftware aus der Cloud zum dritten Mal in diesem Jahr seinen Ausblick angehoben. Fu r das Gesamtjahr werde nun mit einem Umsatz zwischen 25,2 und 25,5 Mrd. Euro gerechnet, teilte der Konzern mit. Bisher waren 24,975 bis 25,3 Mrd. Euro angepeilt worden. Auch beim Betriebsergebnis geht das Unternehmen nun von einer höheren Spanne zwischen 7,425 und 7,525 Mrd. Euro (zuvor 7,4 bis 7,5 Mrd.) aus.
- Der Schweizer Pharmakonzern **Novartis** hat Interesse an der Übernahme der US-Firma Endocyte bekündigt. Für das Biopharma-Unternehmen würde Novartis 24 US-Dollar pro Aktie zahlen, wie aus einer Mitteilung vom Donnerstag hervorgeht. Der derzeitige Aktienpreis von Endocyte liegt bei 15.56 Dollar. Endocyte entwickelt Therapien für Krebs und Entzündungserkrankungen und wird von Novartis mit dem Angebot mit 2,1 Mrd. Dollar bewertet.
- Der Anlagenbauer **Dürr** nimmt angesichts operativer Probleme seine Gewinnprognosen zurück. Statt einer Ebit-Marge von 6,8 bis 7,3 Prozent sei in diesem Jahr nur noch mit 5,8 bis 6,3 Prozent zu rechnen, teilte das Unternehmen mit. Das würde auf einen operativen Gewinn von 218 bis 249 Millionen Euro hinauslaufen, bisher hatte Du rr 288 Mio. Euro erwartet.
- Der Schweizer Lebensmittelriese **Nestlé** hat in den ersten neun Monaten einen Umsatz von 66,4 Mrd. Franken erzielt. Im Vorjahr waren es 65,1 Mrd. CHF. Der Konzern erwartet weiterhin ein organisches Wachstum von 3 Prozent im Gesamtjahr. Die Konzernführung bestätigt den Ausblick für 2018 und rechnet weiterhin mit einer Verbesserung der Margen und einer Steigerung des Gewinns je Aktie (EPS).
- Die Gewerkschaft **Verdi** setzt am heutigen Donnerstag die Tarifverhandlungen für ca. 1000 Flugbegleiter von **Ryanair** in Deutschland fort. Gleich zu Beginn der Verhandlungen möchte Verdi nach Angaben einer Sprecherin einen Sozialtarifvertrag für die 90 Ryanair-Beschäftigten in Bremen erzielen, deren Standort Anfang November schließen wird. Anschließend soll erneut über höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen verhandelt werden.

Konjunktur & Politik

- Die **EU-Kommission** hat **Italien** im Zusammenhang mit seinen Haushaltsplänen eine "beispiellose" Abweichung von den europäischen Regeln vorgeworfen. Das geht aus einem Schreiben der Europäischen Kommission an die italienische Regierung hervor. Die Kommission bekräftigte aber, dass sie weiter an einem konstruktiven Dialog mit Italien interessiert sei.
- Anleger machen sich wieder große Sorgen um die finanzielle Situation des italienischen Staates. Der sogenannte **Spread zwischen deutschen und italienischen Anleihen** mit einer Laufzeit von zehn Jahren, also die Renditedifferenz, stieg am Donnerstag auf den höchsten Stand seit März 2013. Die Rendite der zehnjährigen italienischen Staatsanleihen kletterte auf 3,695 Prozent.
- Angesichts des möglichen Gewaltverbrechens an einem Journalisten durch ein saudi-arabisches Spezialkommando wird **US-Finanzminister Mnuchin** die Teilnahme an einer Investmenkonferenz in Saudi-Arabien absagen. Dies sei bei einem Treffen mit US-Präsident Trump und US-Außenminister Pompeo entschieden worden, tweetete Mnuchin.
- Die rund 56 Millionen Beitragszahler der gesetzlichen Krankenkasse werden ab dem kommenden Jahr deutlich entlastet. Arbeitnehmer müssen ab 1. Januar 2019 wieder die Hälfte des gesamten Beitrages zahlen, beschloss der **Bundestag** am Donnerstag. Arbeitnehmer und Rentner werden so um 6,9 Milliarden Euro jährlich entlastet.
- Der **Sammelindex der wirtschaftlichen Frühindikatoren** in den USA ist im September wie erwartet zum Vormonat um 0,5 Prozent gestiegen, wie das private Forschungsinstitut Conference Board mitteilte. Im Vormonat war der Indikator um 0,4 Prozent nach oben gegangen.
- In den USA sind in der Woche zum 13. Oktober weniger **Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe** gestellt worden. Im Vergleich zur Vorwoche fiel die Zahl um 5.000 auf 210.000 Anträge, wie das US-Arbeitsministerium mitteilte. Volkswirte hatten einen Rückgang auf 210.000 vorhergesagt.
- Der Frühindikator der regionalen Notenbank von Philadelphia, (**Philly-Fed-Index**) ist im Oktober um 0,7 auf 22,2 Punkte gesunken, wie die regionale Zentralbank mitteilte. Analysten hatten einen niedrigeren Wert von 22,0 Punkte erwartet.
- Die Mitglieder der **US-Notenbank** bei ihrem letzten Treffen über eine weitere Verschärfung der

Geldpolitik diskutiert. Eine Reihe von Mitgliedern sah die Notwendigkeit, den Leitzins künftig zeitweise über das aus ihrer Sicht langfristige Niveau anzuheben, wie aus dem am Mittwoch veröffentlichten Protokoll (Minutes) hervorgeht.

- **China** hat die Entscheidung der USA begrüßt, das Land weiterhin nicht als Währungsmanipulator zu sehen. Der Beschluss des US-Finanzministeriums folge gesundem Menschenverstand und internationalem Konsens, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Lu Kang. China habe nicht die Absicht, den Wechselkurs als Werkzeug im Handelskrieg mit den USA einzusetzen.
- Die **britische Premierministerin Theresa May** befürwortet eine längere Übergangsphase nach dem EU-Austritt ihres Landes. Dies sei eine der Ideen, um im Notfall eine feste Grenze auf der irischen Insel zu vermeiden, sagte May am Donnerstag in Brüssel. Es ginge aber nur um einige Monate, und sie sei überzeugt, dass diese Notfalloption letztlich nicht gebraucht werde.
- Der **italienische Vize-Regierungschef Matteo Salvini** erwägt eine Kandidatur als EU-Kommissionspräsident und damit als Nachfolger von Jean-Claude Juncker. „Das stimmt, Freunde aus verschiedenen europäischen Ländern haben mich darum gebeten“, sagte der Chef der rechtspopulistischen Lega in einem am Donnerstag veröffentlichten Interview der Zeitung „Repubblica“. Er habe allerdings noch keine Zeit gehabt, sich mit dem Vorschlag auseinanderzusetzen, sagte Salvini. „Sehen wir mal, ich denke drüber nach.“ Salvini ist ein scharfer Kritiker der EU.
- Die britischen Unternehmen decken sich laut dem **Kreditversicherer Euler Hermes** wegen des drohenden EU-Abschieds ihres Landes mit Importgütern ein. „Wir sehen zunehmend Hamsterkäufe – wie nach einer Sturmwarnung“, sagte Euler-Hermes-Chef Ron van het Hof, am Donnerstag. „Um mögliche Zölle, Verzögerungen oder gar Unterbrechungen der Lieferkette zu vermeiden, horten britische Unternehmen immer mehr Importwaren, die sie für ihre Produktion zwingend benötigen.“
- Der Streit zwischen der **EU-Kommission** und der **italienischen Regierung** über den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr verschärft sich laut einem Pressebericht weiter. Der zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici wird die italienische Regierung nach Informationen der Frankfurter Allgemeine Zeitung in Bälde offiziell dazu auffordern, den Haushaltsentwurf zu erläutern. Sie werde ihr dafür eine Frist von wenigen Tagen setzen. Das Schreiben ist der erste Schritt in dem Verfahren zur Zurückweisung des Haushalts. Die Frage sei nicht, ob, sondern nur noch wann der Brief verschickt werde, hieß es laut der Zeitung in der EU-Behörde.
- Die **Verkaufspreise im deutschen Großhandel** lagen im September um 3,5 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr hatte im August bei plus 3,8 Prozent und im Juli bei plus 3,6 Prozent gelegen. Im Vormonatsvergleich verteuerten sich die Preise für die auf Großhandelsebene verkauften Waren im September um 0,4 Prozent.
- Von Januar bis August in diesem Jahr wurde in Deutschland der **Bau** von insgesamt 234.400 Wohnungen **genehmigt**, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Dies waren 1,9 Prozent oder 4.500 Baugenehmigungen mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Genehmigungen galten sowohl für neue Gebäude als auch für Baumaßnahmen an bereits bestehenden Gebäuden.
- Die **Exporte Japans** sind im September zum ersten Mal seit fast zwei Jahren gesunken. Der Wert der ausgeführten Güter fiel im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent, teilte das japanische Finanzministerium am Donnerstag mit. Bankvolkswirte hatten mit einem Anstieg um rund zwei Prozent gerechnet. Im August waren die Exporte noch um 6,6 Prozent gestiegen.

[Termine des Tages:](#)

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 15 und § 17 AGB BörseGo AG

§ 15 Haftung

15.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

15.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig von einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

15.3 Im übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

15.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 15.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

15.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 17 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Portalen von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Portalen von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Portale zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Portalen bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung der selbstständigen Anlageentscheidung des Nutzers. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handelsanregungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: September 2019

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmgig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzende: Dipl.-Kff. Jutta Hofbauer – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2021